

Landtag gegen Erwerbslose und Mieter

Die Kommunisten zu den Wahlen über Arbeitsbeschaffung bei der Reichsbahn. Reale- rung begründet Unternehmungsabbau mit „Preislenkung“. Kommunisten appellieren an die außerparlamentarische Kraft der Arbeiter

In der Mittwochs-Session des Landtages produzierten sich die Sozialdemokraten wieder einmal als demagogische Schwärmer und Propagandisten. Geisler wurde als billige Spangenhüte gegen die kommunistische Fraktion abgeholfen, um mit unklar dämmenden Redewendungen den hoffnungslosen Versuch zu machen, die massiven Angriffe der kommunistischen Vertreter auf den verheerenden Schwund der sozialdemokratischen Führer abzu- schwächen.

Bei der Debatte über einen kommunistischen Antrag zur Er- höhung der Wohlfahrtsrichtsätze, zeigte der Genosse Schuberer ein erschütterndes Bild über das grauenvolle Massenelend der Erwerbslosen. Schiedsregulierung und Sozialdemokraten lobten sich gerade bei dieser Frage wieder gegenseitig. Auf der Innenseite des Reichstages erklärte, daß die Erhöhung der Richtsätze schon deshalb nicht möglich sei, weil ja die Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten nicht unwesentlich gesunken seien. Auf diese propagatorische Regierungserklärung hatte der Sozialdemo- krat W. Müller, Wienig, nichts anderes zu sagen, als Schied und sein Kabinett über die durchgeführte Winterhilfe zu lob- bühnen.

Auch in dieser Sitzung waren es nur die Kommunisten, die die Mächte der Wertlosen darauf aufmerksam machten, daß sie nur im außerparlamentarischen Kampf die kommunisti- schen Anträge zugunsten der Arbeiterkraft verwirklichen können.

Sitzungsbericht

In der Mittwochs-Session des Landtages wird die Debatte über die Arbeitsbeschaffungsanträge fortgesetzt. Gen. Siegel sprach zu einem dramatischen Antrag, der verlangt, daß die Reichsbahn Aufträge an die technische Privatindustrie erteilen wolle. Bei der Gelegenheit charakterisierte Gen. Siegel die Lage bei der Deutschen Reichsbahn und polemisierte gegen die sozial- demokratische Auffassung vom „Staatssozialismus“. Er stellt fest, daß gerade jetzt

In den staatlichen Betrieben ein grenzen- loses Ausbeutungssystem

beruht und die Vermaltung der Reichsbahn nur den einen Weg zur Erhaltung der Rentabilität des Betriebes kennt, bei den Personal- und Sachausgaben zu sparen. Das heißt, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und unteren Beamten rücksichtslos abgebaut werden und selbst die notwendigen Repara- turen am rollenden Material und an den Gleisanlagen nicht durchgeführt werden.

Vom Ende 1929 bis Anfang 1932 ist das Personal bereits von rund 800 000 auf 600 000 reduziert worden. Es ist heute schon zu weit, daß unter Beamte auf den Arbeitsplätzen der Arbeiter vermerdet werden. Trotz der ständigen Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen, werden heute 400 000 Arbeiter und untere Be- amte der Reichsbahn wöchentlich 45 bis 63 Stunden beschäftigt.

Arbeitsbeschaffung für die Reichsbahn

Wie es mit der Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn ausseht, charakterisiert das diesjährige Bauprogramm. Von 2000 Kilo- meter geplanten Gleisbau und Erneuerungsarbeiten sind 60 Prozent abgebrochen worden. Der Bau für Eisenbahnerbedürfnisse für das Jahr 1932 wurde völlig eingestellt. Auf der einen Seite sollte die Reichsbahn 7 Prozent Eisenbahn auf Vor- gussplatten aus und auf der anderen Seite sollen jetzt 60 000 Eis- enbahner abgebaut werden.

Die sozialdemokratische Methode, daß „alle Opfer bringen müßten“, hat dazu geführt, daß den Arbeitern und unteren Be- amten Lohn und Gehalt gekürzt wurden. Wir richten auch von hier aus den Appell an die Eisenbahner, unter den Forderungen unseres Arbeitsbeschaffungsprogramms gegen Lohnabbau und Entlassungen zu kämpfen.

Gen. Breitenborn hält dann das Schlußwort zu unse- ren Arbeitsbeschaffungsanträgen, in dem er die Verleumdungen und Unstimmigkeiten der sozialdemokratischen Redner Ernst und Geisler zurückweist, und zeigt an einer Reihe praktischer Beispiele, wobei die „Kleinere-Lebel“-Politik bei der Frage der 40-Stunden-Woche zeigt, deren Verwirklichung ohne Lohnaus- gleich von den sozialdemokratischen Führern als ein „Fortschritt“ gepriesen wird.

In der Abstimmung werden unsere Anträge zur Arbeits- beschaffung dem Ausschuss überwiesen, der nichtslagende Antrag der SPD aber angenommen, desgleichen eine Reihe bürgerlicher Anträge.

Um Unternehmungserrhöhung

Gen. Schuberer begründet dann den kommunistischen An- trag auf Erhöhung der Fürsorgeleistungen und stellt fest, daß, obwohl der diesjährige Wohlfahrtslohn bereits gewaltig gekürzt

wurde, doch noch einmündliche Abträge von der Schiedsregle- rung gemacht wurden.

Bereits am 23. Januar haben wir die Zurücknahme der Maßnahmen des Wohlfahrtsministeriums verlangt. Dem wurde nicht Rechnung getragen, aber in derselben Zeit hat die Re- gierung über eine Million für neue Kampfzüge der Polizei im Etat eingelegt. Jetzt ist es schon so, daß neben den Wohl- fahrtsämtern nicht Polizeiwachen eingerichtet sind, um die hun- gernden Erwerbslosen mit dem Sammelkessel hinauszuweiden. Gen. Schuberer bringt zahlreiche Beispiele aus allen Teilen Sachsens über die Praxis der Fürsorgeämter und erklärt zum Schluß, wir fordern Vulkhebung der Rückhaltungspläne für die Wohlfahrtsämter, deren keines Hausgrundstück mit Zwangshypothek belegt wird. Wir fordern die Erwerbslosen auch von dieser Stelle auf, in Stadt und Land Kampfausschüsse

gegen die soziale Reaktion der Schiedsregierung zu bilden und Kampfhandlungen zu organisieren gegen den Hunger und die schändliche Diktatur.

Gegen den Mietpreisanstieg

Gen. Schuberer begründet einen kommunistischen Antrag, daß die durch die 4. Notverordnung eingetretenen Belastungen der Mieter durch die Gemeinden übernommen und die dafür erforderlichen Mittel vom Staat übernommen werden. Er führt den Nachweis darüber, daß die Senkung der Mietpreisen für Wohlfahrtsvermerkslose eine Mieterhöhung von monatlich 3,50 Mark mit sich gebracht hat, und daß nicht nur die Ar- beitslosen, sondern auch die gegen Hungerlöhne beschäftigten Betriebsarbeiter außerstande sind, diese Mietpreise zu tragen.

Wir haben nicht die Hoffnung, und wozum auch die Mieter vor der Zukunft, als ob Landtagsbeschlüsse die Mietpreise senken könnten. Die Erfahrung der letzten 10 Jahre, in denen die Mieterverbände Eingaben über Eingaben an die Regierung gemacht haben, bekräftigen unsere Auffassung und beweisen die Notwen- digkeit, daß Neu- und Mietsbauern durch die geschlossene Ein- heit in ihrem Wohlstand den Grundbesitz zur Mietpreissenkung zwingen müssen. Auch diesen Kampf organisieren wir Kommu- nisten auf außerparlamentarischer Grundlage. Der Antrag wird dem Ausschuss überwiesen.

Achtung! Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus!

Am 7. und 8. Mai sturmberett angetreten zum Antifaschistischen Reichs-General-Alarm gegen die Pläne der Groener, Müller, Seyring!

18 Jahre Zuchthaus und Festung im „Roten Reiter-Prozess“

Rede gegen die Sowjetunion, „Rot Front“ und „Internationale“ im Gerichtsaal

Leipzig, 4. Mai (Eig. Ber.)

Unter großem Andrang der Leipziger Arbeiterklasse ver- kündete der Vorsitzende des 4. Straßensatzes folgendes dramatisches Urteil gegen die Fürstentumler und Berliner Arbeiter: Der Ange- klagte Schulz wird zu drei Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenreueverweigerung verurteilt, der Arbeiter Otto Sudler zu zwei Jahren neun Monaten Festung, der Kaufmann Paul Krosch zu zwei Jahren sechs Monaten Festung, der Magistrats- angehörige Alfred Schulz zu zwei Jahren sechs Monaten Festung, der Arbeiter Heinz Schulz zu zwei Jahren Festung, der Bankangestellte Adolf Sturzer zu zwei Jahren Festung, der Bankangestellte Barth zu einem Jahr sechs Monaten Festung, der Arbeiter Josef Watzlitz zu einem Jahr sechs Mon- aten Festung, der Schlichter Rudolf Wradt zu einem Jahr sechs Monaten Festung, der Zeitungshändler Max Braun zu einem Jahr drei Monaten Festung, der Oberkreisleiter Fritz Eng- wicht zu zwei Monaten Gefängnis, der Dreher Oscar Weiß wird freigesprochen.

Wärmend für die Arbeiterklasse ist die Urteilsbegründung. Sie wendet sich gegen die KPD, die den gewalttätigen Umsturz er- fordele. Sie kündigt ähnliche Maßnahmen gegen den linken An- griff auf die Gesellschaft“ (d. h. auf die kapitalistische Gesell- schaft) an. Der Angeklagte Schulz habe ehelos gehan- delt, weil er gegen die Marine Reichsbehörden vorgedrängt habe, die unwirksam seien. Dann wird erklärt, die deutsche Gesellschaft sei „milde gegenüber der russischen“, daß die Gefangenen im

der sozialistischen UdSSR im Interesse der Arbeiterklasse und der Bauern gehandhabt wird, während im kapitalistischen Deutschland die härtesten Urteile gegen revolutionäre Arbeiter gefällt werden, wird im Urteil allerdings nicht erwähnt.

Nach der Urteilsverkündung standen alle Angeklagten auf und brachten ein dreifaches „Rot Front!“ auf die revolu- tionäre Bewegung aus. Dann dröhnte der Saal unter dem Gelang der „Internationalen“.

Wie von einer Tarantel geflohen, sprang der Rechtsanwalt Ein- ter auf und brüllte: „Polizei, Polizei, greifen Sie doch gleich ein. Hier, Herr Präsident, Sie haben alle „Rot Front“-genau- die und Raub gehoben.“ Währenddem sprang ein übertriebener Polizi über den Freisitz um aus dem Justizraum eine Ver- bahnung vorzunehmen. Der Senat verurteilte hierauf den Genos- sen Wradt, Schulz und Engwicht zu drei Tagen Gefängnis wegen sogenannter „Ungebühr vor Gericht“. Aus dem Justizraum er- hielt auch ein Erich Seifert, den man beim „Rot Front“-Kulen erwischt hatte, drei Tage Haft, die er sofort antreten mußte.

Das Urteil wird durch keine Härte und keine Begründung einen Sturm des Protestes unter der Arbeiterklasse hervorru- fen. Es kennzeichnet die verheerende Durchführung der sozialistischen Diktatur im imperialistischen Deutschland. Die Arbeiter antworten durch verheerenden Kampf in roter Einheitsfront gegen die schänd- liche Justiz und für Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Nazi-Mörder von Bantau in Freiheit

Einige Mörder zu lächerlich geringen Gefängnisstrafen verurteilt

Leipzig, 4. Mai. (Eig. Bericht.)

Im Prozeß gegen die belialischen Nazimörder, die den Landarbeiter Ball in Bantau in vier Jahren und gemeiner Weise ermordeten und seinen Vater schwer verletzten, wurde heute ein Urteil gefällt, das die Richter der letzten Nazidiktatur

und einige Mörder auf freien Fuß setzt, während die anderen Nordbanditen zu lächerlich geringen Strafen verurteilt wurden. Der Nazimörder Kien a ist wurde zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt, ein weiterer Mörder zu drei Jahren, ein dritter zu zwei Jahren sechs Monaten. Zwei andere Nord- banditen erhielten je zwei Monate Gefängnis. Der Hauptschul- dige, Gutsinspektor Baumert, wurde mit sechs anderen Angeklagten freigesprochen.

Dieses Urteil ist umso ungeheurer, als der Oberstaats- anwalt selbst zugeben mußte, daß die Nationalsozialisten „die Abicht hatten, Ball zu töten“. Das Gericht hat also bei vor- sätzlichem Mord auf Freispruch erkannt.

Die Gerichtsverhandlung entrollte das blutige Bild des belialischen Mordes. Die 15 Geschworen, an deren Spitze der Gutsinspektor Baumert, der Top eines echten Denkers und Tötschlägers, und der veltisch vordestral. Diener Smoret leben, zeigen so recht das „Jübertum“ der Nationalsozialisti- schen „Arbeiter“partei. Smoret ist der Diener der Wästin Bethui-Due auf Schloß Bantau und gleichzeitig Leiter der Bantauer SA „gemein“. Smoret ist u. a. mit 1 Jahr 6 Mo- naten Gefängnis und 5 Jahren Ehrenverlust vorbestraft.

Trotzdem in der gesamten Bevölkerung Oberlebens und darüber hinaus der Terror der SA-Banditen aus Kreuzburg und Umgebung bekannt ist, behaupteten sie alle mit eiserner Einn, daß sie in „Notwehr“ gehandelt haben. Aus „Notwehr“ kamen zwei Verurteilungen vollzogen mit 2 1/2 Jahren zur Unterstufung der 47 Bantauer Nationalsozialisten gegen zwei Bantauer Kommunisten!

Unter Führung des Gutsinspektors Baumert und des SA- Führers Smoret schlugen die Nazis Ball mit Peiten und einem Weil nieder. Als der Schwereverletzte sich in seine Wohnung schleppte, kümmte die vertierte Horde ihm nach und ließ ihn dort vor den Augen seiner Frau und seiner beiden kleinen Kinder wieder. Erschütternd war die Aussage der Frau des ermordeten Landarbeiters, die schilderte, wie sie den Anführer der Nazis angefaßt habe, ihren Mann am Leben zu lassen.

Für die schändlichen Einleitung der Justiz im Ge- richts-Preußen zeigt die Tatsache, daß trotz solcherart Mordung des Mordes durch den Bandenführer der Nordkommunisten so spät vom Staatsanwalt in Kreuzburg nach Bantau geschickt wurde, daß sie erst 18 Stunden nach dem Mord dort eintraf.

Der Prozeß gegen die Bantauer Nazimörder bezeichnet die Massenjustiz um ein weiteres dunkles Kapitel. Die Arbeiter werden daraus die Schlussfolgerungen ziehen, daß nur die ge- einte Kraft der proletarischen Klasse mit der Wappel vom Parteitag, endgültig antworten kann.

Ziel der japanischen Provokation:

Raub der Ostchinesabahn!

Entfaltung der Partisanenbewegung in der Mandchurei

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion verbreitet eine Meldung aus Chaborowst: Die Lage in Chorbun ist dauernd gespannt. Verhaftungen von Sowjetbürgern bei der Ostchinesabahn dauern an.

Die Weicharditen bereiten in der Angelegenheit der Sungari-Brücke und gegen Eisenbahnzüge eine große Provokation vor, wobei ihre Arbeit von einigen japanischen Militärs inspiriert wird, die sich das Ziel setzen, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion einerseits und der mandchurischen Regierung und Japan andererseits zu verschärfen.

Trotz der Waffenverhältnisse und der Hostierungen der Ver- haffeten gelang es den Provokateuren nicht, irgend etwas zu fassen, was nach einer Beteiligung irgendwelcher Sowjet- organe oder Agenten dieser Organe an den Sprengungen aus- sehen würde.

Man kann also festhalten annehmen, daß die oben erwähnten fälschen Mordfälle erhoben wurden, um einerseits die öffentliche Meinung von der sich entfaltenden Partisanen- bewegung chinesischer Truppen in der Mandchurei abzu- lenken und andererseits die Lage für einen Angriff auf die Ostchinesabahn zu schaffen.

Das Ziel dieser Provokationen ist: Verhinderung der Hilfe der Sowjetunion und Auslösung der Ostchinesabahn.

Nach zuverlässigen Meldungen besteht bereits ein Plan, in den nächsten Tagen bei allen Sowjetorganisationen in der Mandchurei Hausdurchsuchungen vorzunehmen und ihre Leiter zu verhaften. Wie man weiß, wurden bereits alle möglichen Dokumente und Aufzeichnungen angefertigt. Die bei den erwähnten Verhaftungen alle gefundenen Hinweise werden folgen.

„Waffenstillstandsabkommen“ zwischen China und Japan

Schanghai, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern wurde zwischen Japan und China das Waffenstil- lstandsabkommen nach einer letzten Beipredung im englischen Konsulat von den Vertretern Japans und Chinas in Gegenwart des englischen und amerikanischen Gesandten, unterzeichnet.

Dieser Waffenstillstand, der den Frieden vorläufig lösen, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als das Japan dadurch die Hände freibekommen wird, um einseitige und härteste Truppenkonzentrationen in der Mandchurei durchzuführen, die dem endgültigen Aufmarsch und den letzten Vorbereitungen zum Angriff Sowjetlands dienen.

Imperialistenecht verbrügelt

Etwa 100 Arbeiter und Studenten führten das Haus des chinesischen Telegraphen Kuo-tai-tsch, der gerade eine Beipredung wegen der Verhandlungen mit den Japanern ab- hielt. Unter lauten Rufen: „Es lebe die Freiheit des chine- sischen Volk“ - Ihr verlaßt uns an Japan!“, fielen Kuo-tai-tsch einige Gegenstände ins Gesicht. Er trug Verletzungen an der Stirn davon.

Diese Aktion ist ein Ausdruck der steigenden Empörung nicht nur der Arbeiterklasse, die große Streikaktionen gegen Japan führt, sondern breiter Bevölkerungsschichten von Schan- hai mit dem inachtigen Verhalten der Kuomintangregierung gegenüber den japanischen Räubern.

Genos Die Kapital

Genos Sowjetunion

Die We gehten Mal der internat heute h Sowjetunion spannten Na tlichen großen Erfol anderen Teil das fließende nehmen werd

Sowohl kapitalistische eignisse in die diametral em Während jedes Jahr u und Werken Welt des K eine nie gefe in den kapl schmachten, g und den Cr

Die m weniger Schw auf der Such Niederlage n gabe durch e Die gegenwä die wie befür die Ebene selbst eine m

Die m weniger Schw auf der Such Niederlage n gabe durch e Die gegenwä die wie befür die Ebene selbst eine m

Ein ital Streuzern und Gewässer an

21. Fortf

Rebeno

Sie hör

Dabei s

S